

Falsch verbunden

Zur (Wieder-)Annäherung von institutionalisierter Politik und organisierter Zivilgesellschaft

Adalbert Evers/Claus Leggewie

1 | Einleitung

Die demokratiepolitische Bedeutung der in verschiedenen Formen organisierten Zivilgesellschaft wird oft beschworen.¹ Das sind zum einen diverse „unkonventionelle“ Beteiligungsformate, die über die regelmäßige Teilnahme an Wahlen hinausgehen und den Sachverstand bzw. Common Sense der Bürgerschaft konsultativ oder mitentscheidend in den Gesetzgebungs- und Verwaltungsprozess einbeziehen, um stärkere Legitimation, eventuell auch Qualität politischer Entscheidungen zu erlangen. Zum anderen ist es das bürgerschaftliche Engagement in innovativen Projekten, Ehrenämtern, Stiftungen, Charity-Aktionen und dergleichen, die häufig als unpolitisch betrachtet werden, aber auch, wenn sie so gemeint sind, politische Implikationen und Wirkungen haben, die indirekt „citizenship“ zum Ausdruck und zur Geltung bringen.

Das von uns in den Blick genommene Problem ist ein doppeltes: wie „Beteiligung“ und „Engagement“ sich zueinander verhalten – und wie beide Aspekte bürgerschaftlicher Aktivität zu den klassisch-konventionellen Beteiligungsformen der Parteiendemokratie stehen. Anders gesagt: Es geht darum, wie man „Aktivisten“ und „Profis“, die über Erfahrungswissen verfügen, mit „Amateuren“ und „Anfängern“, die Common Sense und ungewöhnliche Konzepte einbringen können, zum gemeinsamen Nutzen und zur (Weiter-)Entwicklung der Demokratie vermitteln kann – und welche Rolle dabei so ehrwürdige Instanzen wie die Parteien spielen können. Damit plädieren wir auch für eine andere Blickrichtung als die der üblichen, auf eine Stärkung der Zivilgesellschaft „an und für sich“ gerichteten Debatten.

Wir behaupten: Von der Qualität der Verbindungen zwischen in Parteien organisierter

Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen hängt auch die Qualität der Beiträge beider Seiten und darüber hinaus die Fähigkeit der Gesellschaft ab, sich selbst zu regieren. Es geht bei allen Unterschieden und Gegensätzen um Formen der wechselseitigen Verbindung und Vermittlung. Darauf ist das Verwaltungshandeln in seinen Beziehungen zum Bürger letztlich angewiesen.

Es geht also um mehr als die viel beklagte Kluft zwischen (Partei-)Politik und Bürgern. Mit dem Signum „falsch verbunden“ wollen wir darauf hinweisen, dass vieles an der Art und Weise, wie die jeweiligen Seiten die Verbindung zur anderen suchen, in die falsche Richtung weist und nicht geeignet ist, eine gute belastbare Verbindung herzustellen.

2 | Was ist gemeint, wenn wir von staatlich-institutioneller Politik und organisierter Zivilgesellschaft sprechen?

Beginnen möchten wir mit den notwendigen Definitionen. „Staatlich institutionalisierte Politik“ meint einerseits administratives Handeln von Ministerien und Verwaltungsorganisationen, andererseits aber vor allem auch die damit eng, oft symbiotisch verbundene Willensbildung und Machtausübung durch politische Parteien. Letzteres setzt den Rahmen für Verwaltungshandeln. Daher wollen wir uns auf Parteipolitik als klassisches Medium der Vermittlung von Gesellschaft und Staat konzentrieren. Dass man mit dem Bürger und seinen Organisationen reden muss, haben die Verwaltungen seit den 1960er-Jahren in vielen Politikfeldern gelernt. In diesem „Souterrain“ der staatlichen Politik ist das Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen heute oft angekommen. Aber wir halten Debatten für engstirnig, die sich allein auf eine verbesserte

„governance“ bei Verwaltungen und Ministerien beschränken und dabei die Ebene, wo es um Richtung gebende Programmatiken geht – die der Parteienpolitik – aus dem Blick verlieren.

„Organisierte Zivilgesellschaft“ meint grundsätzlich ein weites Feld aktiver und von freiwilligem Engagement getragener Selbstorganisation. Es reicht vom Bereich der organisierten Geselligkeit und unstrittigem a-politischen Konsens in Traditionsvereinen bis hinüber zu Initiativen, Projekten und Bewegungen, die Dinge neu oder anders anpacken wollen oder das in Kampagnen und Beteiligungsprozessen einfordern, also ausdrücklich politisch-interventionistisch angelegt sind (vgl. die Darstellung dieser „Vielfalt des Engagements“ im Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung, BMFSFJ 2017: 68-78). Zwischen selbstorganisierter „Freiwilligenarbeit“ und Anwaltschaft oder Protest gibt es viele Zwischenformen, bei denen es um beides, die Nutzung gesellschaftlicher Räume zu eigenen Beiträgen und das Einfordern von Veränderung geht, um Mitarbeit und Mitsprache (dazu Evers 2016). Solche Ansätze, wo Beteiligungsbegehren vermittelt sind mit „do it yourself“ Initiativen, finden sich z. B. lokal dort, wo man mit Urban Gardening,

in Projekten für sparsamen und nachhaltigen Umgang mit „Energie“ und „Mobilität“ oder in Fördervereinen für Schulen versucht, andere Entwicklungsperspektiven anschaulich zu machen. Und auch eine zentrale Großkundgebung zur Agrarpolitik in Berlin wäre kaum denkbar ohne die vielen lokalen Initiativen und Projekte, die sich mit Fragen von Nachhaltigkeit, Lebensführung, Umwelt und Ernährung beschäftigen (zur Analyse zivilgesellschaftlicher Initiativen als „AgentInnen des Wandels“ in einer Region vgl. Leggewie et al. 2016).

3 | Traditionslinien der Verbindung

Nicht nur in Deutschland, auch in anderen europäischen Ländern gab es in den Demokratien der Zwischenkriegs- und Nachkriegszeit des letzten Jahrhunderts enge und zum Teil hoch institutionalisierte Verbindungen zwischen beiden Seiten:

Parteien waren in mehreren Strängen verbunden mit gesellschaftlichen „sozial-moralischen“ Milieus, sie bildeten weltanschauliche und politische „Lager“. Hier (ob bei den „Sozis“ oder den „Konservativen“) stützten sich die Parteien auf zivilgesellschaftliche



Wahlsieger in Zeiten des politischen Klimawandels

Organisationen, die mit ihnen fest in oft hierarchischen Beziehungen verbunden waren. Ein Begriff wie der der „Vorfeldorganisationen“ (christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften, Genossenschaften, Hilfs- und Freizeitorganisationen) brachte beides zum Ausdruck – Verbindung und Hierarchie. Die Parteien waren damit gesellschaftlich verankert, aber auch umgekehrt: Die sozialen und kulturellen Anliegen von Frauenverbänden oder Wohlfahrtsorganisationen konnten in die parteiliche Willensbildung einmünden und dort einen politischen – also konfliktuellen und Machtfragen berührenden – Ausdruck finden.

Dass die Parteien diese Arena als „vorpolitischen Raum“ definierten, zum Teil bis heute, rückt ihr Verständnis von Politik, aber auch die zentrale Stellung von Parteien ins Licht. Das wirkte bis in die 1970er-Jahre. Die damit gegebenen Möglichkeiten der Politisierung sozialer Anliegen hatten allerdings ihre Kehrseite – in den Möglichkeiten erheblicher parteipolitischer Kontrolle dessen, was auf Straßendemonstrationen oder in Solidarorganisationen zum Ausdruck gebracht werden durfte. Oft bestimmte dieses Arrangement auch, was nicht ausgedrückt werden konnte – so wie lange Zeit etwa „Umweltfragen“, die zwischen den versäulten Politikfeldern umher vagabundierten, bis sie in „Bürgerinitiativen“ aufgegriffen und politisch-programmatisch formatiert wurden. Dies wiederum führte zur Gründung erfolgreicher neuer Parteien wie der GRÜNEN, die dann wiederum auf ihr „Milieu“ zurückgreifen und dieses mit „Projekten“ und „Staatsknete“ zufriedenstellen konnten (oder auch nicht).

4 | Gesellschaftliche Modernisierung, neue soziale Bewegungen und die Modernisierung der Politik

Vieles aus dem neuen Kapitel in der Geschichte der Beziehungen beider Seiten, das in den letzten fünfzig Jahren geschrieben wurde, ist bekannt. Stichworte müssen hier genügen: Ehemals feste Milieus wurden geschwächt oder lösten sich auf; die „großen Erzählungen“ (soziale und Bildungsgerechtigkeit, Schutz

von Ehe und Familie, soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung des Individuums etc.) haben an organisations- und lagerbildender Kraft verloren. In den nunmehr schon alten „neuen sozialen Bewegungen“ und heutigen Initiativen, Bewegungen Vereinen und Projekten, bei denen sich mit Stichworten wie Umwelt, Nachhaltigkeit, Gesundheit, aber auch Respekt, Vielfalt und Würde Persönliches und Globales mischen, hatten und haben politische Parteien und deren Usancen und Programme nur noch begrenzten Einfluss. Oft haben Parteien große Mühe, diese Themen in ihre jeweiligen Diskurshüllen und Programmaussagen einzupassen. Aber man sollte nicht naiv übersehen, dass diese Parteien aufgrund ihres Status nach wie vor eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, Kritik und Anstöße aus der Zivilgesellschaft machtwirksam umzusetzen. Sie wirken, wie es das Parteiengesetz ihnen aufgibt, an der Willensbildung mit und sind damit gleichzeitig auch das Nadelöhr, das die Willensbildung auf dem Weg zur Gesetzgebung passieren muss.

Seit es das gibt, wofür vor Jahrzehnten der damals neue Ausdruck „Bürgerinitiative“ aufkam, dominiert nun oft der Gegensatz zwischen staatlichen Machern und Entscheidern und bewegten Bürgern den Gegensatz zwischen linken und rechten Lagern in der Parteienlandschaft. Allerdings: Neues substituiert nicht einfach Altes, sondern bildet eine neue Schicht, oberhalb der alten. Parteienpatronage in der Vereinswelt der Lokalpolitik, Filz von Wirtschafts- und Politikinteressen bis hin zum organisierten Lobbyismus gab es damals wie heute.

Die Kräfte des Aufbruchs und der Veränderung zahlen für ihre neue zivilgesellschaftliche Freiheit oft einen hohen Preis: Sie haben oft nur noch wohlmeinende Fürsprecher, aber keinen organisierten Zugang mehr zu Willensbildung und Entscheidungen in den Parteien. Diskussionen etwa zur Geschlechter- und Familienpolitik rollen vielfach über die Frauenverbände der Parteien hinweg. Und die Parteien? Wie viele Jugendliche, die sich engagieren, tun dies noch in Ortsvereinen? Was ist mit den Aspiranten geschehen, die Anfang 2017 in den „Schulz-

Zug“ sprangen, oder was wird aus jenen, die nun gerade zu Dutzenden und Hunderten in die SPD eintreten, um eine Große Koalition zu verhindern? Gehen sie nicht lieber doch auf Demos als zu Parteitagen oder chatten im Internet und versuchen sich an click democracy?

Trotzdem wäre es eine Art zivilgesellschaftlicher Überheblichkeit, dort, wo von freiwillig Engagierten oder Aktivisten die Rede ist, die in Parteien und als Parteimitglieder aktiven auszuklammern. Die Parteien haben sich viel, zum Beispiel „Schnupper-Mitgliedschaften“ einfallen lassen, um der Erosion und Überalterung ihrer Organisationen Einhalt zu gebieten. Aber für eine Einladung speziell an diejenigen, die in Elterninitiativen und Umweltgruppen, Stadtteilprojekten und Nachbarschaftsinitiativen aktiv sind, hat es bislang nie gereicht. Selbst bei den Grünen kann man fragen, wo das geblieben ist, was einmal zu den zentralen Bildungsmomenten der damals neuen Partei zählte.

Die „Unabhängigkeitserklärung“ vieler gesellschaftlicher Organisationen, der dem Begriff der „organisierten Zivilgesellschaft“ erst einen Sinn gibt, und eine Entwicklung bei Parteien, die sie oft von Volks- zu Staatsparteien werden ließ, hat der politischen Kultur und Demokratie also beides beschert: neue Freiheiten und Möglichkeiten, aber auch eine Menge neuer Probleme. Was soll der Status und die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen sein, die heute nicht nur bei Fragen der Sozialpolitik, sondern vor allem auch in der Umweltpolitik gleich mehreres sein können: Organisatoren öffentlicher Debatten, „Watchdogs“, die Staat und Wirtschaft auf die Finger schauen, Träger von Versorgungsleistungen und Angeboten, ohne die das Sozialsystem nicht komplett wäre, und oft auch Pioniere innovativer Konzepte und Lösungen.

5 | Parteien auf der Suche nach gesellschaftlicher Fundierung

Wo der Rückhalt bei den alten „Vorfeldorganisationen“ weniger zählt und die neueren Organisationen und Verbände, etwa aus dem Umweltbereich, oft fremde Größen sind, heißt

Rückhalt mehr denn je: Wähler zu umwerben mit Techniken, die man sich oft bei den kommerziellen Organisationen abschaut, die Kundenmärkte erobern oder halten und Kundenbindung betreiben. Der Zwang zu raschen Entscheidungen und eindeutigen Positionen sowie die oft enge Verquickung mit staatlicher Verwaltung und deren alltäglichen Vollzügen schafft eine Meinungs- und Organisationsbildung, bei der „oben“ und „unten“ vielfach medial kurzgeschlossen werden. Ortsvereine repräsentieren mit ihren Mitgliedern weniger das Volk als die Folklore.

Nur sehr am Rande scheinen die Parteien das Problem, aber auch die Aufgaben und Chancen wahrzunehmen, die mit neuen unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen entstanden sind: Die Fantasie reicht i. d. R. nicht über Bürgersprechstunden, eine Belebung von Ortsvereinen oder das Einwerben prominenter Einzelpersonen hinaus. Wo man das direkte, auch öffentlichkeitswirksame Gespräch mit gesellschaftlichen Partnern sucht, sind es immer noch eher die Gewerkschaften und Wirtschafts- und kaum je die Umweltverbände. In der Abteilung Gesellschafts- und Demokratiepolitik findet sich bei keiner der Parteien etwas zur Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen als Zukunftsaufgabe. Diese Fragen werden heruntergedimmt auf die Ebene einzelner Fachpolitiken, so als wäre etwa die Zukunft der Städte eine Frage, die vor allem Stadtplaner und Bürger und Verwaltung miteinander auszumachen hätten. Während die Parteien ihren Auftrag zur politischen Willensbildung sich auch mit Steuergeldern finanzieren lassen, drohen diejenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in ihrer Tätigkeit ein deutliches politisches Profil entwickeln – wie etwa Attac, Occupy, auch diverse Initiativen zu digitalen Medien – in ein Niemandsland zwischen Bestimmungen zur Parteienfinanzierung und Bestimmungen zur Gemeinnützigkeit von Vereinen und deren Tätigkeit zu geraten (Klein/Ernst-Pörksen 2017).

Das Ungleichgewicht zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Einbindung der etablierten Parteien macht die

Rede von Entscheidungseliten, einer „politischen Klasse“ und einer Verfilzung mächtiger Politik- und Wirtschaftsinteressen zu Themen, die bei den einen Politikverdrossenheit, bei einigen anderen zunehmend rechtspopulistische Agitation nähren.

Es gibt kaum fest institutionalisierte und einflussreiche Foren und Plattformen, auf denen eine konfliktoffene, aber auch kooperative Meinungsbildung zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft und Parteiorganisationen stattfindet – weder auf lokalen noch auf zentralen Ebenen. Die Aufgaben, die sich hier stellen, sind dabei nicht nur solche kurzfristiger ad hoc Kompromisse, sondern auch die nach dem Charakter langfristiger Beziehungen, der Erarbeitung von so etwas wie einer Charta des Umgangs miteinander – einen funktionierenden post-traditionellen Beziehungsmodus.

Einstweilen gibt es andere Versuche, Auswege zu suchen. Sie beschränken sich nicht auf das wenig beachtete lokale Phänomen freier Wählergruppen. Nach neuen Wegen suchen auch Bewegungsparteien, wie sie sich heute quer durch das politische Spektrum finden – von den schwedischen Neuen Demokraten über die italienischen Cinque Stelle, Macrons' neue Bewegung „La République en Marche“ (LRM), europakritischen und municipalistischen Strömungen (M 5) bis zur spanischen Podemos und griechischen Syriza. Die geringe organisatorische Differenzierung des großen Bogens, der da von den bewegt aktiven Bürgern bis hin zur professionellen Politik zu schlagen gesucht wird, führt allerdings oft zurück zu Gebilden, in denen die Konzentration auf einzelne Führungspersonen noch drastischer ausfällt als bei den bekannten Formen von Parteiorganisation.

6 | Organisationen der Zivilgesellschaft auf der Suche nach Ort, Raum und Einfluss

Hier ist vorzuschicken, dass es viele kleine und große gesellschaftliche Organisationen gibt, die sich einen festen und einigermaßen komfortablen Platz geschaffen haben – z. B. solche die im Bereich Geselligkeit, Gemein-

schafts- und Traditionspflege oder Sport nicht nur Stützen der Gesellschaft sind, sondern auch anerkannte Adressaten der Förderung durch Parteien und ihre Vertreter, die sich davon Reputation versprechen. Jenen Organisationen aber, deren Anliegen innovativ oder auch für gängige Parteipolitik unbequem sind, bleibt vor allem die Suche nach öffentlicher Aufmerksamkeit und „Vernetzung“ mit anderen, die sich in einer ähnlichen Lage befinden.

Besonders schwierig ist es hier für advocacy Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Aufgabenstellungen wie das campaigning. Im Umwelt- und Klimaschutz hat sich ein ganzer Kranz von NGOs gebildet, die in den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einzugreifen versuchen und dabei vor allem auf ihre wissenschaftliche Expertise pochen. Es wäre aber interessant zu erfahren, wieviel Beziehungen nicht nur zu bestimmten Parteien, sondern überhaupt zur Parteienwelt und von ihr geprägten institutionalisierten Politik es bei Organisationen wie Greenpeace, BUND oder Amnesty International (noch) gibt. Verfügen sie auch nur annähernd über die „guten Drähte“, die Wirtschaftsunternehmen und hier und da auch immer noch die Gewerkschaften haben?

Wir fragen: Hat man hier mit Blick auf die vielen neueren gemeinnützigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die vor allem als Themenanwälte agieren, seitens der Parteien Grundsätze und Konzepte entwickelt? Ein anderer Bereich zivilgesellschaftlicher Organisationen, derjenigen, die vor allem unterstützende Dienste und Hilfen anbieten, hat Jahrzehnte nach der „Staatsknete“-Debatte oft einen langen Weg zurückgelegt. Vieles spielt sich hier im vorpolitischen Raum der Nutzung von Steuererleichterungen durch Gemeinnützigkeitsbestimmungen, aber auch der Inanspruchnahme der vielen Modellprogramme und ihrer zeitlich begrenzten Projektförderungen ab: für Mehrgenerationenhäuser, Flüchtlingsbetreuungskaktionen und vieles andere mehr. Es entsteht mit zahlreichen Töpfen und Töpfchen aus kommunalen freien Mitteln, Ministerial- und Landesprogrammen eine Klientellandschaft, in der zivilgesellschaftliche Organisationen

zwar Unterstützung bei bestimmten Aufgaben, Projekten und Dienstleistungen finden, aber als Mitgestalter der Programme selbst kaum je gefragt sind.

Parteipolitik stellt hier möglicherweise Weichen, aber sie setzt sich kaum irgendwo mit den Hoffnungen und Utopien derjenigen auseinander, die das Engagement in vielen örtlich unterfinanzierten Projekten und Initiativen am Leben erhalten. Was aber bleibt von „act local think global“, wenn Veränderungen im größeren Rahmen, die auch ein entsprechendes parteipolitisches Handeln erfordern würden, kaum mehr vorstellbar scheinen? Wenn z. B. ministerielle Förderprogramme zur Stärkung von Demokratie vor Ort, wie im gut dotierten Programm „Demokratie leben!“, keine Entsprechung haben in ausdrücklichen gleichlautenden Orientierungen und Zielsetzungen der Parteien, dann kommt der Verdacht auf, dass sie nicht die Konkretisierung einer von ihnen getragenen Demokratiep politik, sondern eher so etwas wie eine Ersatzmaßnahme darstellen.

Wo zivilgesellschaftliche Organisationen sich aber von den Parteien mit ihren Botschaften nicht angenommen fühlen, man jedoch gleichwohl auf ihr Geld und Wohlwollen angewiesen bleibt, dominiert dann oft ein bloß taktisches Verhalten. Sei es aus Gewohnheit oder Resignation – man behandelt die Geldgeber bei der Verwaltung und die Unterstützer aus Parteien als Personen, die man eigentlich nur dann und insoweit anspricht, wie man etwas Konkretes braucht. Man kann das sowohl in Kategorien wie Klientelismus oder anspruchsvoller von „identity politics“ umschreiben. Bestimmte Lebensstilkonzepte und Experimente können mit Förderung auf Zeit rechnen, aber es gibt kaum Pläne, wie solche Anstöße in den Mainstream gelangen könnten – nicht zuletzt deshalb, weil es kaum Orte gibt, wo „Macher“ und „Förderer“ über einen Weg beraten würden, der zu nachhaltigen Veränderungen in größerem Maßstab führen könnte. Politik- und Initiativenvertreter sind hier gewissermaßen Komplizen, insofern beide der Frage aus dem Wege gehen, wie soziale Experimente nachhaltig in Politik umgesetzt

werden könnten. Es kommt hinzu, dass auf der Ebene von Ministerien, Kommunen und Verwaltungshandeln eine Praxis politischer Partizipation überwiegt, die zumeist auf das Niveau „Bürger fragen – Fachleute antworten – und versuchen danach ihr Bestes“ begrenzt wird.

Eine solche Mitsprache als Anhörung mehr oder minder sachverständiger Einzelbürger und die beschriebene Engagementförderung als Alimentierung von Einzelvorhaben existieren zudem nebeneinander. Insgesamt fördern solche Formen der Verbindung von Parteipolitik und Bürgerinitiative auch Zynismus oder Opportunismus bei Projektnehmern. Parteipolitiker werden dann generell als Personen gesehen, die sich vor allem nach Maßgabe kurzfristigen Nutzens der Initiativen bedienen. Man selbst pflegt, auch um mit den eigenen Angeboten und Initiativen überleben zu können, so etwas wie einen kreativen Opportunismus und eine generalisierte Distanz zur Politik – um etwas zu bewahren, von dem man doch eigentlich weiß, dass die dahinterliegenden Ideen zu ihrer Verwirklichung dringend Politiker und Parteien benötigen, die als interessierte und engagierte Partner agieren. Natürlich gibt es solche engagierten Politiker, die sich dann übrigens immer wieder beklagen, dass der Begriff „bürgerschaftlich Engagierte“ auf sie keine Anwendung findet – zu Recht und zu Unrecht.

7 | Fazit: Falsch verbunden

Wir haben eine gesellschaftliche und politische Landschaft beschrieben, in der Parteipolitik in vieler Hinsicht zivilgesellschaftliche Organisationen als Partner für wirksame Politik nicht wahrnimmt und umgekehrt auch die Organisationen ein instrumentelles Verhältnis zur Parteipolitik pflegen. Soweit hier überhaupt Vermittlung zwischen Parteipolitik und zivilgesellschaftlichen Organisationen ein Thema ist, gibt es jenseits von Patronage, generellem Wohlwollen und vereinzelter Kooperation kaum irgendetwas in der Programmatik, das auf ein zukunftsorientiertes Konzept von Verbindungs- und Umgangsformen hindeuten würde und so erkennbar macht, welchen

Status sie haben sollten. Das hat zu einer Situation beigetragen, wo auf Seiten zivilgesellschaftlicher Organisationen Kontakte mit und Unterstützung aus der Parteipolitik als ein unvermeidbares Geschäft angesehen werden, für das es eine laute Stimme beim Protest und einen kreativen Opportunismus braucht, wenn es um Fördergelder geht.

Von „falsch verbunden“ sprechen wir, insofern die Verbindungen oft über wechselseitige Instrumentalisierung nicht hinausgehen. Solche „dünnen“ Verbindungen führen kaum zu den sicherlich auch zu findenden Kooperationsprojekten und zu einer „dickeren Demokratie“, bei der man Vertrauenskapital aufbaut und wo es gelingen sollte, die sozialen und kulturellen Anliegen einzelner Gruppen parteipolitisch so aufzugreifen, dass sie auch zu Veränderungen für das Gemeinwesen insgesamt führen.

Die demokratiepolitischen Potentiale, die in der Gestaltung des Verhältnisses von Parteipolitik zu den Vereinigungen und Initiativen der Zivilgesellschaft liegen, können erst erschlossen werden, wenn Beziehungen aufgebaut werden, die gegenüber der jeweils anderen Seite anspruchsvoller sind, also die den Bürger und seine Vereinigungen nicht nur als Wähler, sondern als potentielle Co-Produzenten von Politik begreifen und die Parteien als Vermittlungsorganisationen, die ohne vielfältige, institutionalisierte und respektvolle Beziehungen zu den zivilgesellschaftlichen Kooperations- und Konfliktpartnern nicht funktionieren.

Gerade angesichts der Tatsache, dass heute der demokratische Alltag in der Bundesrepublik von autoritären Populisten als der von Elitenentscheidungen dargestellt wird, macht es notwendig, über mehr zu reden als über unsere „lebendige Zivilgesellschaft“ und den Schutz von Gewaltenteilung und repräsentativer Demokratie. Demokratie braucht auch so etwas wie eine Vorwärtsverteidigung. Bessere Verbindungen zwischen institutionalisierter Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen sind hier ein Schlüsselfaktor. Das meint allerdings mehr als Verwaltungen mit Partizipationsverfahren zur Bürgeranhörung und Ministerien mit Modellprogrammen zur Engagementför-

derung. Es braucht eine Debatte zwischen demokratischen Parteien und Vertretern aus der organisierten Zivilgesellschaft, die zu so etwas wie einer Charta führen sollte, in der deutlich gemacht wird, für was man die Beiträge der Zivilgesellschaft schätzt und an welchen Grundsätzen man sich bei der Stärkung eines wertschätzenden und zivilen Umgangs miteinander orientieren will. Das verteidigt nicht nur, sondern stärkt auch Demokratie.

8 | @connect: Was könnten Stiftungen fördern und anregen – einige Vorschläge

Die Möglichkeiten von Stiftungen liegen in der Förderung von Analysen, von öffentlichen Erkundungen und auch neuer Praktiken im gerade skizzierten Problemfeld.

Analysen:

Welche Bilder und Einschätzungen existieren innerhalb der Parteien zur Rolle und den Potentialen heutiger zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Umweltverbänden, Konsumentenorganisationen, innovativen Diensten und Angeboten? Wo gibt es – auch im weiteren europäischen Bereich, der immer wichtiger wird – bei politischen Parteien Konzepte und Praktiken, die auf eine Neugestaltung der Beziehungen nicht nur zu den Themen, sondern auch den Organisations- und Kooperationspraktiken ihrer zivilgesellschaftlichen Protagonisten verweisen?

Stiftungen könnten auch eine unabhängige Evaluation von modellhaften Praktiken der Kooperation finanzieren – z. B. den demokratiepolitischen Ertrag von Modellprogrammen wie „Demokratie leben!“ oder von kooperativen Projekten im ländlichen und urbanen Räumen. Darüber hinaus wäre es gut, wenn sich sämtliche Partei-Stiftungen gemeinsam mit anderen Akteuren, die sich in der Beteiligungs- und Engagementkultur betätigen, zu einem großen Demokratie-Kongress träfen und die angesprochenen Defizite und Chancen ernsthaft besprächen. Auch wenn Stiftungen selbst oft hierarchisch agieren – Netzwerke wie der Arbeitskreis Engagementförderung beim Bun-

desverband deutscher Stiftungen könnten für eine Art von Unterstützung Impulse setzen, bei der es nicht zuerst um die Vergabe finanzieller Mittel, sondern um die Herstellung öffentlicher Foren für eine Kultur der Kooperation und Auseinandersetzung geht, die die Grenzen zwischen Parteien- und Initiativenlandschaft überschreitet.

Diskussionsanstöße:

(Partei-)Stiftungen könnten, wie gerade schon angedeutet, Vertreter von gemeinnützigen zivilen Organisationen und Parteien in Dialogen miteinander ins Gespräch bringen, die das Verhältnis beider Seiten und seine Entwicklung beleuchten: das, was man zu sichern wünscht, und das, was man vermeiden möchte. Solche Dialoge sollten sowohl allgemein, aber auch mit einem Fokus auf bestimmte Politikfelder (Umweltpolitik, Stadtentwicklung, Flüchtlingspolitik...) geführt werden (vgl. Zweiter Engagementbericht, BMFSFJ 2017: 395 f.). Dabei muss, für die Altersgruppe der U30, die Verlagerung der politischen und sozialen Kommunikation in die digitale Sphäre berücksichtigt werden.

Demokratische Experimente:

Erfahrungen zeigen, dass sich Berufspolitik, Parteiarbeit, Bürger-Initiativen – also die eingangs erwähnten „Aktivisten“ und „Amateure“ – am ehesten näherkommen, wenn man die Frage, was gute belastbare Beziehungen zwischen der Welt der Parteien und der zivilgesellschaftlicher Organisationen ausmachen könnte, nicht für sich und abstrakt diskutiert, sondern wenn man an Themen und Aufgaben erprobt, was gehen könnte.

Hier möchten wir abschließend die Idee der Zukunftsräte ins Spiel bringen, die als eine Art vierte, nämlich konsultative Gewalt dienen und auf verschiedenen Ebenen im Viereck von Parteien, Verwaltung, ehrenamtlich Engagierten und politischer Zivilgesellschaft agieren könnten (vgl. Nanz/Leggewie 2016). Unter einem Zukunftsrat verstehen wir eine dauerhafte, durch Losverfahren repräsentativ auf einen Querschnitt der Bürgergesellschaft

abzielende Einrichtung einer Gemeinde oder eines Stadtteils, aber auch großflächiger Gebietskörperschaften wie der Länder, des Bundes und der Europäischen Union. Der Zukunftsrat identifiziert wichtige Zukunftsfragen und arbeitet in einem kooperativen Lernprozess Lösungsvorschläge aus. Er bietet genau damit einen Ort demokratischer Kultur, an dem Konflikte in ziviler Form bearbeitet und Zukunftsentwürfe in einem kollaborativen Lernprozess ausgearbeitet werden können.

Platz wäre hier für Vertreter aus Parteien, für Experten aus der Verwaltung, aber vor allem auch für Repräsentanten der Bevölkerung und der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in den jeweiligen Problem- und Aktionsbereichen Erfahrungswissen erworben haben. Zukunftsräte würden sich dann durch zwei Elemente auszeichnen: durch die Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung und durch ihre ausdrückliche Zukunftsausrichtung auf kommende Generationen, also auf komplexe mittel- und langfristige Probleme, derer sich eine nachhaltige Politik nach allgemeinem Dafürhalten annehmen muss.

Wie sich beim Umgang mit Flüchtlingen oder am Beispiel der Bürgerkonsultation zu „Stuttgart 21“ gezeigt hat, waren schon bei der ersten Nothilfe das Bürgerwissen und die tatkräftige Unterstützung der Bürgergesellschaft unabdingbar. Es kam aus ihren Reihen eine ganze Batterie von Anregungen und Konzepten für eine intelligentere Mobilitätskonzeption in der Region, als Fachleute sie zu präsentieren in der Lage waren. Daraus folgt keine Verachtung der fachlich-wissenschaftlichen Expertise und Politikberatung, wohl aber die Notwendigkeit, dass sich diese transdisziplinär dem Common Sense und dem Laienwissen öffnet.

Neben anderen Initiativen könnten derartige Zukunftsräte also eine wichtige Plattform sein, mit der sich neue Arten der Verbindung zwischen institutioneller Politik und organisierter Zivilgesellschaft herstellen ließen. Sie wären damit aber auch ein Beitrag dazu, Politik konkreter, bürgernäher und zugleich offener für die großen Zukunftsfragen zu machen. Ein großes, in der Theorie wie in der politischen

Praxis bisher wenig bearbeitetes Thema wie das der Generationengerechtigkeit könnte auf neue Weise in den Alltag der Politik übersetzt werden: Im Klimawandel und im Artensterben, auch mit der globalen Schuldenkrise und der weltweiten Migration hat es längst konkrete Gestalt angenommen.

Nur wenn Parteiendemokratie und Zivilgesellschaft zusammenfinden, können neue gesellschaftliche Umgangsformen mit diesen Herausforderungen politisch folgenreich werden und in *heutigen* Entscheidungsprozessen mehr Gewicht bekommen.

Adalbert Evers, Prof. Dr., Senior Fellow am CSI (Centrum für soziale Investitionen und Innovationen), Universität Heidelberg und Gastprofessor am Ersta Sköndal University College Stockholm. Kontakt: Adalbert.Evers@csi.uni-heidelberg.de

Claus Leggewie, Prof. Dr. Dr. theol. h. c., Politikwissenschaftler und Inhaber der Ludwig Börne-Professur an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Kontakt: Claus.Leggewie@zmi.uni-giessen.de

Anmerkung

¹ Das Manuskript geht auf einen Vortrag beim AK Engagementförderung im Bundesverband

Deutscher Stiftungen am 6./7. Februar 2018 in Hamburg zurück.

Literatur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) 2017: Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Online: <https://www.bmfsfj.de/blob/115624/d6da5ce2163c59600f48a7a5d360a3b2/2-engagementbericht-und-stellungnahme-br-data.pdf> (eingesehen am 17.4.2018).

Evers, Adalbert 2015: Engagement und Beteiligung. Das konvivialistische Manifest als Anstoß zu ihrer Neuverschränkung. In: Adloff, Frank/Heins, Volker M. (Hg.): Konvivialismus. Eine Debatte. Bielefeld: transcript Verlag.

Klein, Ansgar/Ernst-Pörksen, Michael 2017: Gemeinnützigkeits- und Zuwendungsrecht als Instrumente einer Zivilgesellschaftsförderung des demokratischen Staates. In: BBE Newsletter 2017/12.

Leggewie, Claus/Reicher, Christa/Schmitt, Lea (Hg.) 2016: Geschichten einer Region. AgentInnen des Wandels für ein nachhaltiges Ruhrgebiet. Dortmund: Verlag Kettler.

Nanz, Patrizia/Leggewie, Claus 2016: Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.

Demokratisierung durch Bewegungen? Demokratisierung der Bewegungen?

Dieter Rucht

Dieser Essay geht zwei Fragen nach: Haben die Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte zu einer Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft beigetragen? Sind Protestgruppen und soziale Bewegungen in ihren internen Strukturen und Kommunika-

tionsformen demokratischer geworden? Vor dem Versuch einer Antwort sollen allerdings kurz einige Entwicklungen des Bewegungssektors und seiner gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den letzten drei Jahrzehnten skizziert werden.